



ANTIBERLINER

Kampfblatt gegen Privatisierung // Nr. 9 // November/Dezember 2006

2 Drecksarbeit. Wer macht den Dreck weg? Über das Leben migrantischer Hausarbeiterinnen

4 Privatisiert. Der Raubzug läuft in Berlin auf Hochtouren. Die ersten Folgen sind absehbar

7 Nachruf. Der Antifaschist und Kommunist Peter Gingold ist im Alter von 90 Jahren gestorben





Der Anti-berliner ist eine Zeitschrift für linke Politik

und Kultur, die alle zwei bis drei Monate erscheint und kostenlos in Berlin verteilt wird. Oft werden wir verständnislos nach unserem Namen gefragt und was wir denn gegen die Berliner hätten. Dabei leben wir sogar sehr gern in Berlin. Und ihren Namen hat unsere Zeitung vom ehemaligen Berliner CDU-Bürgermeister Eberhard Diepgen, der die Kreuzberger als »Antiberliner« brandmarkte, nachdem sie am 1. Mai 1987 nachdrücklich darauf bestanden hatten, den Tag der Arbeit ohne Polizei zu feiern. Ein Ehrentitel für anständige Berliner also.

■ Impressum:

- V.i.S.d.P.: E. Diepgen, Fasanenweg 30, 10123 Berlin
- Redaktionskontakt: antiberliner@web.de
- Unterstützer: Antifaschistische Linke Berlin
- Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Position des Redaktionskollektivs wider



Hungerlohn für Drecksarbeit

Weibliche Lohnarbeit war hierzulande noch bis in die 70er Jahre heftig umstritten. Während der Mann den Familienlohn nach Hause bringen sollte, wurde von der Frau erwartet, sich um Heim und Herd zu kümmern, also zu putzen, zu kochen und die Kinder zu erziehen

In vielen Familien aus den unteren Schichten sah die Realität jedoch so aus, dass weiterhin beide Partner Geld verdienen mussten, wobei der Frau zusätzlich die Aufgabe zukam, der Hausarbeit nachzugehen.

Vom Regen ...

Heutzutage stehen in der BRD Frauen aus jeglichen Schichten in Lohn und Brot. Die meisten dieser Frauen verdienen ihr Geld mit ungesicherten und schlecht bezahlten, kurz: prekären Jobs. Das entspricht auch der generellen Tendenz auf dem Arbeitsmarkt, denn nur noch etwa 30 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse gründen sich auf einem unbefristeten Vertrag. Doch abseits dieses prekären Niedriglohnssektors gibt es auch zunehmend mehr gut (aus-)gebildete und hoch qualifizierte Frauen, die in finanziell lukrativen und prestigeträchtigen Berufen aktiv sind, eine Karriere anstreben und wie ihre männlichen Kollegen am Besten rund um die Uhr beruflich aktiv sein sollen.

Wer aber kümmert sich bei diesen Frauen und gegebenenfalls einer ganzen Familie um den Haushalt, wenn jener Arbeitsbereich noch immer als die Zuständigkeit der Frau angesehen wird?



»Das bißchen Kochen ist doch halb so wild« (Johanna von Koczian)

Wer kümmert sich um den Nachwuchs in Anbetracht des aktuellen Mangels an Kindergarten- und Hortplätzen!?

Bei denen, die es sich leisten können, sind es immer öfter Hausarbeiterinnen, Frauen, die sich etwas Geld zu Hartz IV dazu verdienen wollen, oder auch weniger gut (aus-)gebildete Arbeiterinnen, die trotz Arbeit arm und deshalb auf einen zweiten, oder sogar dritten Job angewiesen sind. Vor allen Dingen aber sind es Migrantinnen, oft ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, die ihre Herkunftsländer und Familien verlassen mussten, um der Armut zu entkommen.

Doch was auf den ersten Blick wie die praktische Lösung einer

strukturellen Notlage zweier Frauen aussehen kann, die eine mit dem Problem Haushalt, Erziehung und Berufstätigkeit zu bewältigen, die Andere arm, oft ohne Arbeitserlaubnis und daher auf Beschäftigung im Privathaushalt angewiesen, birgt viele Probleme in sich.

Denn dieses Verhältnis ist Ausdruck der weltweiten kapitalistischen Arbeitsteilung, bei der die weißen, hoch Qualifizierten in den Städten, in denen es eine Konzentration von Kapital gibt, gutbezahlte Arbeiten mit langen Arbeitszeiten verrichten, während die Hausarbeit durch die vermeintlich Schwächsten, v.a. die Migrantinnen, erledigt wird, deren Ausbildung hier nicht anerkannt ist. Die Arbeitsteilung wird also offensichtlich nach rassistischen Kriterien vorgenommen, da viele der migrantischen Hausarbeiterinnen selbst hochqualifiziert aus ihren Herkunftsländern gekommen sind. Dort gehören sie meist dem Mittelstand an, sind nicht selten sogar Akademikerinnen. Der Unterschied zwischen ihnen und ihren Arbeitgebern ist also oft nur das Geburtsland.

... in die Traufe ...

Doch dies ist nicht der einzige Missstand, denn der Lohn für bezahlte Hausarbeit ist in der Regel äußerst niedrig. Hausarbeit wird als gering qualifiziert angesehen, gerade weil sie komplex ist und nicht spezialisiert sein darf. Von einer Hausarbeiterin soll vom Kochen und Putzen, über die Kinderbetreuung bis hin zur Pflege hilfsbedürftiger Menschen alles verlangt werden können. Diese Abwertung als nicht-spezialisierte Arbeit wird verstärkt durch die rechtlich unsichere Situation, der Migrantinnen mit fehlender Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis sowie schon unterliegen. Der



»Das bißchen Haushalt, macht sich von allein« (Johanna von Koczian)

Lohn und die Arbeitsbedingungen können von den Arbeitgebern bis auf ein kaum noch zu vertragenes Niveau verschlechtert werden. Selbst Lohnbetrug ist keine Ausnahme.

Weitere Probleme wie die Isolation der Migrantinnen im fremden Haushalt, noch dazu eines für sie unbekannten Landes, oder dem Missstand, dass der Repro-

duktionssektor weiterhin der Zuständigkeitsbereich von Frauen bleibt, sollen hier nur kurz angedacht werden.

... an den Strand?

Es wäre im Rückschluss jedoch falsch die zunehmende Gleichberechtigung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Frage zu stellen. Denn die Ursachen der darge-

stellten Probleme liegen in der weltweit ungleichen Verteilung der Güter sowie in den patriarchalen Strukturen, die diese begünstigen. Ein umfassender Lösungsansatz muss die ökonomischen Unterschiede sowohl auf nationaler, wie auch auf internationaler Ebene beseitigen, denn Hauptgrund für die Emigration ist die Armut. So bedarf es einer Wirtschaftsordnung, die nicht an den Bedürfnissen der meisten Menschen vorbei produziert. Sich neben dem Job um den Haushalt kümmern zu können, das heißt noch ausreichend Zeit und Energie zu haben, gehört auch zu diesen Bedürfnissen. Dies wäre die Voraussetzung dafür, die klassen- und geschlechterorientierte Arbeitsteilung, aber auch die nach rassistischen Kriterien vorgenommenen Spaltungen zu beenden und die Auseinandersetzung um die Haus- und Erziehungsarbeit mit einer gerechten Beteiligung der jeweiligen Partner zu beenden.

■ Grüne Neonazis

Nach Angaben der *Berliner Morgenpost* wurde im Berliner Stadtteil Schöneeweide eine dort stationierte Bundespolizei-Einheit aufgelöst. Beamte aus dieser Einheit tauschten untereinander Nazimusk aus und sahen nach Aussagen anderer Polizisten aus wie Teilnehmer einer NPD-Veranstaltung. Die Polizeibeamten, die auch gerne mal Nazi-shirts trugen, gaben sich Namen aus der nördischen Götterwelt. So hieß der Zugführer »Odin«.

■ Grünweißer Partybus



»Guutte Laune!«, soll es von nun an aus Deutschlands Polizei-Mannschaftswagen tönen, wenn wieder mal Antifas sich den Nazis in den Weg stellen, und deren Aufmärsche mit Straßenblockaden zum Stillstand gebracht werden. Laut Spiegel online setzt die Leipziger Polizei bei heiklen Einsätzen neuerdings ein Gute-Laune-Mobil ein. Zwei mit Schlagermusik hochgerüstete Lautsprecherfahrzeuge kommen zum Einsatz, wenn zum Beispiel die Stimmung bei Demonstrationen zu kippen droht. Aus denen tönt dann z.B. von Roberto Blanco »Ein bischen Spaß muss sein«.



Tante Käthe plaudert aus dem Nähkästchen

»Der Gammelbraten«

Nachdem die Spezialität hierzulande über Wochen in aller Munde war, wird Tante Käthe euch exklusiv das Hausrezept vorstellen:

Die wichtigste Zutat ist natürlich ein schönes Stück Gammelfleisch. Je älter, desto besser. Erfahrene Gourmets erkennen Fleisch von dieser Qualität am kräftig-süßlichen Verwesungsgeruch. Es muss gut durchgegangen sein. Vier Jahre Minimum! Aber was sind die restlichen Zutaten?

Rassismus!? Aber sicher, eine Prise davon gibt dem Gericht erst die richtige Würze. Denn während Thüringer Rostbratwurst ausschließlich aus bestem Frischfleisch kredenzt wird, gehört das Gammelfleisch zum Döner serviert.

Innere Sicherheit!? Aber nein! Das schmeckt in rauen

Mengen vielleicht zu Islamisten. Doch zum Gammelbraten ist sie nicht sehr bekömmlich. Da sind sich die Innenminister von Bund und Länder einig. Gesetze und verschärfte Kontrollen ändern nichts.

Mindestpreise!? Ja, gerne. Freier Markt hin oder her. Die staatlich subventionierte EU-Landwirtschaft muss vor der Billignahrung des Trikont geschützt werden. Wo kämen wir hin, wenn diese Länder im Agrarsektor des Weltmarkts eine ökonomische Konkurrenz darstellen und daher insgesamt als ebenbürtige Handelspartner gesehen werden müssten!? So hat eben auch das Fleisch seinen Preis.

Wer sich das nicht leisten kann, dem können wir eine unterschätzte Delikatesse aus Übersee empfehlen: Pellkartoffeln mit Quark – Bon Appetit!

Fischer, Fischer, wie tief ist das Wasser?

»Den Raubzug stoppen!« lautete die Überschrift der Zeitung *private*, welche im Sommer dieses Jahres vom Berliner Bündnis gegen Privatisierung anlässlich der Berliner Abgeordnetenhauswahl herausgegeben wurde. Sie sollte einen Überblick über die Aktivitäten verschiedenster Initiativen dieser Stadt geben, welche sich Anfang 2006 zusammengetan hatten, um den Raubzug zu stoppen

Das neoliberale Paradigma ist von der Politik längst übernommen und wird auch ständig propagiert: Privatisierungen von staatlichen und kommunalen Unternehmen und Dienstleistungen führen infolge des Wettbewerbs auf dem Markt zu Preissenkungen für die Verbraucher. Private Unternehmen arbeiteten billiger, bürgernäher – und vor allem effizienter. Nicht zuletzt die »leeren Kassen« der öffentlichen Haushalte, welche die Bereitstellung einer umfangreichen Daseinsvorsorge von Seiten des Staates (bzw. der Kommunen) nicht mehr ermöglichten, dienten und dienen weiter als Argument zum Schwingen des Privatisierungshammers. Unverhohlen wird sogar behauptet, die öffentlichen Haushalte würden durch derartige Maßnahmen saniert. Folglich gäbe es keine Alternative zur Privatisierung.

Dass dies aber so nicht richtig ist, ergibt sich aus folgenden Betrachtungen:

Erstens: Es ist durchaus richtig, dass private Unternehmen effizienter wirtschaften können. Doch was heißt das? Zunächst muss klar sein, dass die Privatwirtschaft im Gegensatz zur öffentlichen Wirtschaft vom Eigeninteresse, von individuellen Geschäftsplänen, vor allem aber dem Ziel der Profitmaximierung geleitet ist. Gewinnverwendung im Sinne des Gemeinwohls und eine sozial-orientierte Preispolitik wie bei gemeinwirtschaftlichen Unternehmen sind beim Marktagieren von Privatunternehmen jedoch ausgeschlossen.

Zudem ist der Markt in einer existierenden kapitalistischen Wirtschaftswelt per Definition durch Konkurrenz und Wettbewerb geprägt, welche sich in den letzten Jahren, infolge der kapitalistischen Globalisierung noch verschärften. Um hier als privates Unternehmen bestehen zu können, sind andauernde Effizienzsteigerungen von Nöten, die meist durch Reduzierung der Beschäftigtenzahl erfol-

gen. Oder aber dadurch, dass private Unternehmen Leistungen anbieten, die von Menschen erwirtschaftet werden, die zu niedrigeren (meist Billig-) Löhnen arbeiten.

Mit Privatisierungen sind somit immer Entwicklungen verbunden, die sich gleichzeitig negativ auf das Gemeinwohl und die gesamte Volkswirtschaft (sei es die einer Kommune oder einer anderen größeren regionalen Einheit) auswirken.

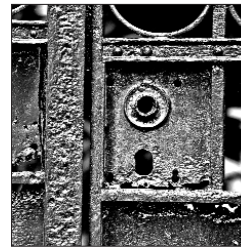
Zweitens: Nicht nur das Argument der Entlastung der »leeren« öffentlichen Kassen, bzw. das der Haushaltssanierung – von Medien, Post, Bahn, Schulen, Müllentsorgung, Strom, Wasser und Abwasser – entpuppten sich als leere Versprechung, ja sogar als scheinbar bewusste Falschargumentation. Denn Privatisierungen, so zeigt Journalist und Philosoph Werner Rügemer in einer zum ersten Mal vorgelegten Bilanz für die gesamte Bundesrepublik, erwiesen sich in fast allen Fällen als »eine neue Quelle der öffentlichen Verschuldung, der Arbeitslosigkeit, der Teuerung«. So zeigt er unter anderem, dass die Kommunen ihr »Tafelsilber« weit unter dem Wert an Konzerne verscherbelteten.

Dass diese kurzfristigen und einmaligen Einnahmen aus den Verkäufen außerdem in einem schlechten Verhältnis zu den langfristigen Belastungen für die Kommunen stehen, ergibt sich etwa aus dem Wegfall von Miet- und Steuereinnahmen, aus Haushaltsbelastungen durch über Jahrzehnte garantierte Renditen für die privaten Konzerne (bei »Öffentlich-Privaten Partnerschaften«) und nicht zuletzt aus den von der Allgemeinheit zu tragenden, bereits beschriebenen Folgen des auf Gewinnmaximierung gerichteten Wirtschaftens der Privatunternehmen.

Drittens: Keinesfalls darf unerwähnt bleiben, dass Privatisierung öffentlicher Bereiche – jedenfalls nach der vorherrschenden Praxis – mit extremer Geheimhaltung verbunden ist. Sowohl demokratische Mitsprache beim Zustandekommen, als auch demokratische Kontrolle blieb und bleibt versagt.



Wandbild in Berlin-Kreuzberg



Diese allgemeine Geheimhaltung von Privatisierungsabläufen ist durch eine eigenartige Symbiose aus Vertretern von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und auch Justiz geprägt, die alle der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin, der Liberalisierungs- und Privatisierungslogik folgen. Man könnte meinen, die Akteure sehen die Bevölkerung als minderbemittelt oder uninteressiert an, während sie ihre intriganten Machenschaften verfolgen.

Am Beispiel der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe (BWB), nur einem Beispiel von vielen, lassen sich die bereits erläuterten Kritikpunkte verdeutlichen:

Erstens: 1999 veräußerte der Berliner Senat 49,9 Prozent der BWB an die transnationalen Unternehmen RWE (Essen) und Veolia (Paris) für umgerechnet ca. 1,69 Mrd. Euro. Allerdings verpuffte diese einmalige Einnahme im ohnehin schon maroden Berliner Haushalt weitestgehend.

Zweitens: Trotz der verbleibenden faktischen Anteilmehrheit des Landes Berlin hatten die Manager von RWE und Veolia sofort die Zügel in der Hand, was durch das Ersinnen einer ungewöhnlich komplizierten Rechtskonstruktion (Holding-Modell) erreicht wurde. Dieses Konstrukt, bei welcher ein öffentlich-rechtliches Unternehmen unter die Kontrolle zweier privater Konzerne gestellt wurde, kann als Steuerfluchtmodell bezeichnet werden.

Drittens: Vertraglich war vereinbart, dass bis Ende 2003 keine Preiserhöhungen erfolgen durften. Zum 1.1.2004 wurden sie dann um 15 Prozent, im Jahr 2005 um 5,4 Prozent und zum Jahresanfang 2006 um 2,5 Prozent erhöht – insgesamt also bisher um ca. 23 Prozent. Selbst eine Klage auf Einsicht in die Tarifikalkulation der BWB, die der Verband der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen vornahm, wurde mit der Begründung abgewiesen, die Tarifikalkulation enthalte vertrauliche, unternehmerische Daten.

Viertens: Die »Teilprivatisierung« 1999 wurde in Form von Geheimverträgen zwischen der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft und RWE/Veolia realisiert, welche sowohl der Mehrheit der Abgeordneten unbekannt waren, als auch weiterhin für die Allgemeinheit unter Verschluss bleiben. Innerhalb dieser Verträge, wird den privaten Anteilseignern eine jährliche Rendite von mindestens

acht Prozent nicht etwa auf den Kaufpreis der Investoren (1,69 Mrd.), sondern auf das »betriebsnotwendige Kapital« (steigend) zugestanden – und das garantiert bis zum Ende des Vertrages im Jahr 2028. Um die Preise nicht weiter steigen zu lassen, verzichtet das

Land Berlin inzwischen sogar auf große Teile seiner Konzessionsabgabe. So ergaben sich durch den Verzicht zwischen 2000 und 2005 lediglich Einnahmen in Höhe von 171 Mio. Euro für Berlin, RWE und Veolia bekamen zusammen immerhin 495 Mio. Euro.

Fünftens: Zwar wurde vereinbart, dass bis zum Jahr 2014 keine betriebsbedingten Kündigungen erfolgen dürfen. Dennoch ist durch interne Umlagerungen und Vorruhestandsregelungen bislang die Beschäftigtenzahl von

6262 (1999) auf 4.950 Mitarbeiter (2006) reduziert worden, betrachtet man Vollzeitarbeitsplätze, so sind es derzeit eigentlich nur noch 4.500.

Sechstens: Mit der Teilprivatisierung wurden die Neuinvestitionen zurückgefahren. Folge davon ist nicht nur der Verlust von zirka 8.000 Arbeitsplätzen bei regionalen Unternehmen und Zuliefererbetrieben. Auch die langfristige Qualitätssicherung des Berliner Wassers und eine ökologische Nachhaltigkeitssicherung sind gefährdet.

Anhand dieser sich noch lange nicht erschöpfenden Auswahl an Fakten rund um die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe wird das Ausmaß von Privatisierungen deutlich. Der Verkauf von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge bringt nicht nur Preissteigerungen für die Verbraucher, es erfolgt auch keine Entlastung der öffentlichen Haushalte. Im Gegenteil: Die Haushalte werden langfristig weiter belastet. Die zur langfristigen Qualitäts- und ökologischen Nachhaltigkeitssicherung benötigten Investitionskosten werden heruntergefahren. Nicht zuletzt hat die Allgemeinheit die gesellschaftlichen »Kosten« zu tragen, die dem Arbeitsplatzabbau folgen.

Bleibt das Fazit, dass mit der Übersetzung des Wortes »privare« = »rauben« (aus dem Lateinischen) alles über das Wesen von Privatisierungen gesagt ist – der Raub am öffentlich Gut zugunsten privater Profitmaximierer.

Mathias Behnis





Beim schon fast obligatorischen Lehrerstreik im mexicanischen Oaxaca, bei dem der Forderung nach mehr Lohn jährlich Nachdruck verliehen wird, forderte ein Polizeieinsatz mehrere Todesopfer. Daraufhin breitete sich der Protest zu einer vom Großteil der Bevölkerung getragenen Revolte aus, in deren Verlauf die Verwaltung der Region in die eigenen Hände genommen wurde. Am 27.10. begann



der Angriff der Regierungstruppen, der wieder Todesopfer und Verletzte nach sich zog, und dem massive Zerstörungs- und Einschüchterungsaktionen vorausgegangen waren. Doch über eine Million Menschen machten am 6.11., bei einem sogenannten »Megamarcha« deutlich, dass sie sich so einfach nicht einschüchtern lassen würden. Ein Ende der Revolte ist noch nicht in Sicht, und es sind zu viele, um alle einzusperren.

Privatisierung weggespült

Cochabamba, die drittgrößte Stadt Boliviens, hat es vorgemacht. Im Jahre 2000 gelang es die ein Jahr zuvor vom Internationalen Währungsfond (IWF) erzwungene Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung zurück zunehmen



Massendemonstration und Proteste mit Miltäreinsatz in Cochamba

Dies war nur durch den über vier Monate andauernden Protest eines breiten Bündnisses von Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen, Studierenden und lokalen Aktionsgruppen möglich, die nicht an die Versprechungen der Privatisierung glaubten.

Nach dem Verkauf der öffentlichen Wasserversorgung von Cochabamba an »Aguas de Tunari«, einem Subunternehmen des US-amerikanischen Energiekonzerns Bechtel, wurde schnell klar, dass sich die Ziele des Unternehmens nicht am Bedürfnis der Bevölkerung nach flächendeckender Trinkwasserversorgung orientierten. Das Ziel hieß Gewinnmaximierung um jeden Preis. So stiegen die Abgaben für Trinkwasser um fast 200 Prozent, auf monatlich über 30 Dollar an und die Gebühren für einen neuen Anschluss wurden auf 450 Dollar festgelegt. Wasser wurde so für den Großteil der Bevölkerung zum schier unbezahlbaren Luxusgut, da die meisten Menschen weniger als 100 Dollar im Monat zum Leben haben.

»Alles oder nichts!«

Unmut löste die Privatisierung aber auch in den bevölkerungsreichen und indigenen Wohngebie-

ten aus, welche sich selbstständig an das Wassernetz angeschlossen hatten und nun trotzdem den teuren Anschluss von »Aguas de Tunari« bezahlen sollten. So wurde einigen Stadtteilen das Wasser ganz abgedreht.

Um dies nicht tatenlos hin zu nehmen formierte sich Ende 1999 ein Aktionsbündnis lokaler Gruppen, mit dem Ziel, die Privatisierung rückgängig zu machen und die Kontrolle über das Wasser in die Hände der Bevölkerung zu bringen. Und so begann im Januar 2000 der »Guerra del agua« (Wasserkrieg) mit einem Generalstreik, der die ganze Stadt lahmlegte. Zufahrtswege zur Stadt wurden blockiert und das wirtschaftliche Leben zum Erliegen gebracht. Nach vier Tagen musste die bolivianische Regierung unter dem Ex-Diktator Hugo Banzer nachgeben und zusichern, dass die Preissteigerungen zurückgenommen werden.

Der Preis ist heiß

Als am 4. Februar 2000 erneut zehntausende Menschen gegen die Privatisierung auf die Straße gingen, um ihrer Forderung nach Rücknahme der Privatisierung Nachdruck zu verleihen, antwortete die Regierung mit militärischer Gewalt auf die Proteste.

Sechs Menschen kamen dabei ums Leben, Hunderte wurden schwer verletzt.

Doch auch davon ließen sich die Protestierenden nicht einschüchtern, obwohl die Regierung mittlerweile das Kriegsrecht in der Region Cochabamba ausgerufen hatte und Militär zur Aufstandsbekämpfung einsetzte.

Schach matt

Am 4. April 2000 wurde die Stadt erneut bestreikt. Wieder wurden Barrikaden errichtet. Nichts ging mehr in Cochabamba. So musste die Regierung am 10. April letztendlich die Forderungen der Protestierenden akzeptieren und den Rückkauf der städtischen Wasserversorgung veranlassen.

Seitdem steht Cochabamba als Symbol des Widerstandes gegen Privatisierung. Nicht nur, dass es zum ersten Mal gelang, Privatisierung von öffentlichem Eigentum wieder rückgängig zu machen, auch die Frage nach der Notwendigkeit einer anderen Verteilung und Organisation von Grundgütern wurde gestellt. Die Menschen wollten den Versprechen des Marktes nicht mehr glauben und setzten der neoliberalen Politik von IWF, Weltbank und regierender Elite ihren gemeinsamen Widerstand entgegen.

Ein Zeitzeuge und Straßenkämpfer

Die antifaschistische Bewegung trauert um Peter Gingold. Am 28. Oktober 2006 verstarb er im Alter von 90 Jahren in Frankfurt/Main. Gingold war Kommunist und Widerstandskämpfer gegen die NS-Barbarei



Peter Gingold bei der Bündnisdemonstration am 8. Mai 2005 zum 60. Jahrestag der Befreiung in Berlin-Mitte

Am 29. Oktober dieses Jahres starb in Frankfurt/Main der Antifaschist Peter Gingold. Er erlag im Alter von 90 Jahren einer schweren Krankheit.

Gingold war Kommunist aus jüdischem Elternhaus und Beteiligter für viele Generationen von Antifaschisten. Für Schulen und Universitäten, Jugendverbände, Gewerkschaften oder autonome Antifa, für die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit oder seine Partei, der DKP, und natürlich für seine Genossen vom VVN-BdA war er ein wichtiger Ansprechpartner. Bis zum Schluss war Peter Gingold auf der Straße aktiv und begeisterte mit

seinen interessanten Reden immer wieder junge Menschen.

Er wurde am 8. März 1916 in Aschaffenburg geboren und organisierte sich dort als junger Mann im Kommunistischen Jugendverband. Bei einer Razzia der SA wurde er verhaftet und kam ins Gefängnis. Nach mehreren Monaten kam er frei und musste das Land verlassen.



1940 heiratete er in Paris Ettie Stein Haller. Aktiv in der Résistance, nahm er 1944 am Aufstand des französischen Widerstands teil und setzte seine antifaschistische Arbeit in den Reihen des 1. Pariser Regiments in Lothringen fort.

Zurück in Deutschland gehörte Peter Gingold zu den Gründern der hessischen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Wir haben einen teuren Genossen verloren. Sein Mut und sein Eintreten im Kampf gegen den Faschismus bleibt uns in Erinnerung. Die Erfahrungen mit ihm werden uns helfen unseren Kampf fortzuführen.

◆ **Buchtip:** »Résistance = Widerstand – ein Leben lang!«. 60 Seiten, 5 Euro, zu bestellen bei: VVN-BdA Hessen, Eckenheimer Landstr. 93, 60318 Frankfurt/M.

Naziwirt verliert Kneipe

Die antifaschistische Kampagne »Hol Dir den Kiez zurück« konnte in Lichtenberg einen wichtigen Erfolg verbuchen. Die Kneipe »Kiste«, die als Schnittstelle für Neonazis aus verschiedensten Spektren diente, musste dem Druck nachgeben und schließen. Sie war Hauptangriffsziel der Kampagne, da dort regelmäßig Treffen von verbotenen Kameradschaften, rechten Rockern und Hooligans aus der Naziszene stattfanden.

Der Wirt, Detlef Mirek, ist immer wieder bei Naziaufmärschen in Erscheinung getreten, zuletzt bei einem Aufmarsch der NPD, der die Freilassung des

zu einer Haftstrafe verurteilten Sängers der Rechtsrockband Landser forderte.

Mit Demonstrationen und Flugblattaktionen, vor allem aber Öffentlichkeitsarbeit wies die Kampagne auf die Rolle des Lokals für die rechte Szene und den fremdenfeindlichen und gewalttätigen Hintergrund des Wirtes hin. »Wir haben alle Hebel in Gang gesetzt und Druck auf den Bezirk ausgeübt, so dass der Treffpunkt letztendlich schließen musste«, so ein Sprecher der Kampagne.

Der Höhepunkt von »Hol Dir den Kiez zurück« war ein Open-Air-Konzert mit 3.000 Besuchern in der Weitlingstrasse.

◆ www.lichtenberg-gegen-rechts.tk

■ Antifa-Gedenken

»Wir sind gekommen, um zu bleiben«, ist das Motto der diesjährigen Silvio-Meier-Demo. Zum Todestag findet jährlich im Berliner Ostteil eine Demonstration statt, bei der Silvio Meier – einem Antifaschisten, der vor 14 Jahren von Neonazis ermordet wurde – gedacht wird und lokale Nazistrukturen thematisiert werden. Letztes Jahr beteiligten sich bis zu 1.500 Leute an der Demonstration.

◆ Sa, 25. November, mehr Termine und Infos unter: www.antifa.de

■ Kein Bock auf Nazis

Dass Künstler wie Die Toten Hosen, ZSK, Bela B. u.v.a. sich für das Projekt stark gemacht haben, hat sicher entscheidend für den Erfolg der »Kein Bock auf Nazis«-DVD beigetragen. Mittlerweile wurde sie in 60.000er Auflage kostenlos verteilt. Die DVD informiert über die Rattenfängerei der Nazis, aber auch über antifaschistische Kampagnen. Downloads und Infos findet ihr unter: keinbockaufnazis.de

■ Nazis raus

Seit dem 4.11. kommen Zuschauer mit Kleidern der Marke »Thor Steinar« nicht mehr ins Stadion von Hertha BSC. Der Verein will sich so von den Fans distanzieren, die rechtes Gedankengut »verschlüsselt in Symbolen« ins Stadion tragen.



■ Folgende Kurzfilme können im Internet unter der Homepage www.youtube.com angeschaut werden:

◆ Ein deutscher Junge, der leicht die Contenance verliert
Suche: »niño loco alemán«

◆ Wie sang NOFX mal?
»Kill all the white men«
Suche: »police lzyjosh«

◆ »Dass ist scheißer als jetzt gegen ...«
Suche: »dumm«

◆ Ach, wie schön war doch die WM 2006 ...
Suche: »German Idiot WM Tickets«

◆ Warum man bei einem Kinderwunsch dreimal überlegen sollte
Suche: »use condoms«

◆ Warum wir Berliner keine Sachsen mögen:
Suche: »Demo Uffta«

◆ Das harte Leben der Amish People
Suche: »Amish Paradise«

◆ »Wie meine Soldaten sind in den Krieg gezogen« (Nina Hagen)
Suche: »Nina Hagen Jutta Dings«

◆ Sinnvolle Tipps
Suche: »Aladdins Story Mädchen«

»Für die Bahn waren wir ein rotes Tuch«

Florian Gaag hat für den neuen Writerfilm »Wholetrain« Regie geführt und Drehbuch geschrieben. Gaag gibt dem Antiberliner einen Einblick in die Szene

Dein Film *Wholetrain* ging mit großem Interesse durch die Feuilletons. Was gibt es für Feedbacks aus der Sprüherszene?

Nur positive. Besonders gefreut hat mich, dass er bei Screenings in New York auch viele legendäre Writer der dortigen Szene begeistert und berührt hat. Er scheint also eine universelle Qualität zu besitzen.

Dein Film beschäftigt sich auch mit der Kriminalisierung der Szene. Hast Du auch Erfahrungen mit der Polizei gemacht, schließlich wirkt der Film im Gegensatz zu anderen Filmen sehr authentisch?

Zu Genüge. Ich bin in meiner aktiven Zeit als Writer und auch danach mit den Herrschaften in allen denkbaren Varianten aneinandergeraten und habe für meine »Verfehlungen« schließlich mit einem Knastaufenthalt gebüßt.

Ist die Sprüherszene eine politische Szene?

Graffiti-Writing ist per se politisch. Eine subversive, illegale, anarchische Kultur. Die Szene

eint allerdings kein klares politisches Manifest und ist in ihrer Gesinnung nicht unbedingt homogen. Vereinzelt gibt es Statements zum politischen Geschehen neben den Bildern. Manche Writer verfolgen mit der Bewegung aber auch ein klares Ziel: den öffentlichen Raum, der von inflationären Werbebotschaften und Billboards be-



David und Tino in Aktion. Filmszene aus »Wholetrain«

herrscht wird, für den individuellen Ausdruck zurückzuerobern.

Bemalte Wände, aber besonders bemalte Züge sind weniger geworden. Schläft die Szene ein oder nimmt die Repression zu?

Der Druck nimmt ganz klar zu. Polizei und Wachschutzunternehmen rüsten auf und paranoide, um Wählergunst buhlende Politiker, fordern härtere Strafen. Aber es werden nach wie vor Züge besprüht, mehr als viele denken. Meistens verlassen diese aber nicht einmal mehr

das Depot, werden von der Bahn aus dem Verkehr genommen und sofort gereinigt. Das Einzige, was oft bleibt von den Bildern, ist ein Foto.

Im Film werden ständig Züge oder Wände bemalt. Gab es viele Hürden den Film zu drehen. Wie war die Zusammenarbeit z.B. zwischen der Deutschen Bahn und Euch?

Zum Thema Hürden: Ich habe mich gefühlt wie ein Gaul bei einem nicht enden wollenden Springreitturnier. Schon im Vorfeld war es schwer, überhaupt auch nur die Idee zu dem Film zu vermitteln. An so einem kontroversen Thema wollte sich keiner die Finger verbrennen. Und natürlich waren auch die potentiellen Geldgeber sehr skeptisch. Die ersten, die schließlich an den Film geglaubt haben, waren die Damen und Herren vom Kleinen Fernsehspiel/ZDF. Interessanterweise hat uns dann nach zähem Ringen auch die bayerische Filmförderung unterstützt. Aber selbst als wir mehr schlecht als recht finanziert waren, war das Zustandekommen des Films noch höchst ungewiss. Kein westeuropäischer Verkehrsbetrieb wollte uns eine Drehgenehmigung erteilen. Für die Deutsche Bahn waren wir ein leuchtend rotes Tuch. In Warschau schließlich hat man sich unserer erbarmt und die dortige S-Bahnflotte zur »Zerstörung« freigegeben.

Tatort »Essrestaurant bei Mirko«: Philosophisches Solo

Unter der Rubrik - Sätze, die selten gesprochen werden. Heute:



Also, ich find diesen Kim Jong Il eigentlich ganz sympathisch.